

Sorgenkind »Lokale Ökonomie«

Ergebnisse der dritten Befragung in den Programmgebieten der »Sozialen Stadt«

■ Christa Böhme und Thomas Franke

Das seit dem Jahre 1999 laufende Bundesländer-Programm »Soziale Stadt« soll der sozialen und räumlichen Spaltung in deutschen Städten entgegenwirken. Durch das Programm werden gegenwärtig in 447 Programmgebieten in 284 deutschen Städten und Gemeinden neue Herangehensweisen in der Stadtteilentwicklung erprobt. Die neueste Befragung zeigt: Viele Maßnahmen waren erfolgreich und zahlreiche neue Akteure konnten für die Projekte gewonnen werden. Schwachpunkte bleiben nach wie vor die Einbeziehung der Geschäftsleute und der Arbeitsverwaltung vor Ort.

Um das empirische Wissen über Umsetzung und Wirkungen des Programms »Soziale Stadt« zu aktualisieren, führte die Bundestransferstelle Soziale Stadt beim Deutschen Institut für Urbanistik im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung in den Jahren 2005/2006 die dritte bundesweite Befragung in den Programmgebieten durch (Becker et al. 2006a; Becker et al. 2006b). Adressaten waren, wie auch schon bei den beiden Vorgängerumfragen in den Jahren 2000/2001 und 2002, die kommunalen Ansprechpartner. Die 392 Programmgebiete des Bundesprogramms 2005 bildeten die Grundgesamtheit für die Befragung; der Rücklauf betrug insgesamt 70,2 Prozent. Im Folgenden werden Ergebnisse dieser Befragung dargestellt sowie Veränderungen gegenüber den Ergebnissen der Befragung 2002 gezeigt.

Christa Böhme und Thomas Franke sind wissenschaftliche Mitarbeiter des Deutschen Instituts für Urbanistik in Berlin.
E-Mail boehme@difu.de
E-Mail franke@difu.de

Handlungsfelder: zwischen Kontinuität und neuen Schwerpunktsetzungen

Die Handlungsfelder Wohnraumfeld und öffentlicher Raum (96 Prozent der Konzepte), soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur (96 Prozent) sowie Image und Öffentlichkeitsarbeit (88 Prozent) sind in den integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzepten für die Stadtteilentwicklung am häufigsten vertreten. Seltener kommen die Bereiche Monitoring (25 Prozent), Prozess- und Ergebnisevaluation (26 Prozent) sowie Gesundheitsversorgung und Gesundheitsförderung (33 Prozent) vor. Die Handlungsfelder Schule und Bildung im Stadtteil, Integration von Migrantinnen und Migranten sowie »Lokale Ökonomie«, die sich im Zuge der Programmumsetzung als zentral herausgestellt haben, werden in etwa drei Viertel der Konzepte berücksichtigt.

Dieses Bild der integrierten Konzepte spiegelt sich in der Projekt- und Maßnahmenlandschaft: Hier dominieren, wie schon zu Beginn der Programmumsetzung, ebenfalls die Handlungsfelder Wohnraumfeld und öffentlicher Raum, soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur sowie Image und Öffentlichkeitsarbeit. Einen starken Bedeutungszuwachs haben die Themen Schule und Bildung im Stadtteil, Integration von Migrantinnen und Migranten, »Lokale Ökonomie« und Monitoring erfahren.

Beteiligte Akteure: ein zweigeteiltes Bild

Die Beteiligung aller für die Programmumsetzung relevanten Ämter an der Erarbeitung der integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzepte ist noch immer keine Selbstverständlichkeit. Während die Bereiche Stadtentwicklung und Stadtplanung, Soziales, Kinder- und Jugendhilfe sowie Bauen und Wohnen zu über 80

Prozent darin involviert sind, liegt die Beteiligungsraten bei anderen für die Programmumsetzung zentralen Verwaltungsbereichen wie Finanzen, Wirtschaft sowie Ordnung und Sicherheit bei nur etwa 40 bis 50 Prozent, beim Gesundheitsbereich und den Integrationsstellen sogar nur zwischen 20 und 30 Prozent.

Erfreulich ist aber, dass einige Ressorts (Schule und Bildung, Kinder- und Jugendhilfe, Finanzen und Soziales) deutlich häufiger an der Konzepterarbeitung mitwirken, als dies noch 2002 der Fall war. Insbesondere der Bereich Schule und Bildung scheint zu einem festen Partner bei der Erarbeitung der integrierten Entwicklungskonzepte zu werden (2002: 45 Prozent, 2005/2006: 63 Prozent).

Erhebliche Fortschritte können darüber hinaus bei der Einbindung verwaltungsexternen Akteure in die Konzepterstellung beobachtet werden. Dies gilt insbesondere für die Quartiersbevölkerung, lokale Initiativen und Organisationen, Stadtteilbüros und Quartiermanagement, Schulen, freie Träger und Sozialverbände, Organisationen von Zuwanderern sowie Sanierungsträger. Laut dritter bundesweiter Befragung konnte die Beteiligung dieser Gruppen gegenüber 2002 um teilweise mehr als zehn Prozent gesteigert werden. Auf der anderen Seite muss festgestellt werden, dass sich insbesondere Gewerbetreibende und die Arbeitsverwaltung in vielen Gebieten noch vergleichsweise wenig in die Quartiersentwicklungsprozesse einbringen.

Quartiersbüros: Standard sozialer Stadtteilentwicklung

Es gibt heute kaum noch Gebiete ohne ein Quartiersbüro. Für 95 Prozent der Gebiete wurde die Frage nach einer solchen Einrichtung positiv beantwortet. Dies ist eine deutliche Steigerung gegenüber den Befragungsergebnissen von 2002, nach denen in 80 Prozent der Gebiete ein solches Büro eingerichtet worden war.

Die Antworten auf die Frage nach der durchschnittlichen Vertragslaufzeit für die Beschäftigten in Quartiersbüros ergeben ein polarisiertes Bild: Ein gutes Drittel der Verträge läuft über drei und mehr Jahre oder ist sogar unbefristet abgeschlossen worden, ebenso viele sind jedoch auf eine Laufzeit von nur einem Jahr beschränkt. Dies entspricht in etwa den Ergebnissen der zweiten Befragung aus dem Jahr 2002.

Die anfallenden Kosten für Personal, Miete und Betrieb von Quartiersbüros sowie für die Büroausstattung und andere Sachmittel werden heute zu größeren Teilen aus dem Programm Soziale Stadt be-

Programmgebiete, was in etwa den Ergebnissen der Umfrage von 2002 entspricht. Dies bedeutet, dass trotz der in zahlreichen Zwischenevaluierungen betonten Bedeutung eigener Stadtteilbudgets für die Entwicklung der Quartiere eine tatsächliche Einrichtung von Verfügungsfonds noch immer eher zögerlich erfolgt.

Kinder und Jugendliche, Multiplikatoren sowie Hauseigentümer sind die Gruppen, die laut Einschätzung der Befragten mit den jeweils gewählten Aktivierungs- und Beteiligungsformen sehr gut oder gut erreicht werden. Eine Herausforderung bleiben nach Einschätzung der Befragten

Unter anderem wird durchgehend eine nur mangelhafte Kooperation mit (lokalen) Wirtschaftsakteuren beklagt.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse der dritten bundesweiten Befragung zur Sozialen Stadt, dass mit dem Programm erhebliche Fortschritte bei der Verbesserung der Lebensbedingungen in benachteiligten Quartieren erzielt werden konnten. Auch sind tragfähige Netzwerke und Partnerschaften unterschiedlicher Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Trägerlandschaft und Bevölkerung entstanden.

Die erzielten Erfolge schaffen Raum, um sich nun stärker auf Bestandteile der Programmumsetzung konzentrieren zu können, die sich als besonders wichtig herauskristallisiert haben oder bislang noch nicht ausreichend weiter entwickelt wurden. Zu ersteren gehören sicherlich die Stärkung der »Lokalen Ökonomie« samt einer besseren Einbindung von Wirtschaftsakteuren, die weitere Integration von Migrantinnen und Migranten sowie der gesamte Bereich (Aus-)Bildung und Schule. Weiterentwicklungen und Intensivierungen erscheinen vor allem bei den integrierten Entwicklungskonzepten, dem Aufbau von Monitoringsystemen, Evaluierungen sowie der nachhaltigen Absicherung der in den Quartieren erreichten Verbesserungen sinnvoll. ♦

»Die Kooperation mit lokalen Wirtschaftsakteuren bleibt mangelhaft«

stritten als noch im Jahr 2002. Damals wurde angegeben, dass für diese Kosten lediglich in rund der Hälfte der Fälle Soziale-Stadt-Mittel herangezogen wurden, in der aktuellen Befragung lauten die Angaben knapp 80 Prozent für Personalkosten sowie je knapp 70 Prozent für Miet-, Betriebs- und andere Sachkosten.

Aktivierung und Beteiligung: Vielfalt trotz Einschränkungen

In den Programmgebieten der Sozialen Stadt werden vielfältige Methoden und Techniken zur Aktivierung der Quartierbevölkerung eingesetzt. Dabei konzentrieren sich die in den Quartieren gewählten Aktivierungstechniken vor allem auf drei Zugänge: die Herstellung einer neuen Stadtteilöffentlichkeit (Stadtteilfeste, Begehung), das Angebot von Beratungsleistungen für Einzelne (Beratungsangebote, Kontaktvermittlung) sowie die gezielte Aktivierung von Kindern und Jugendlichen. Darüber hinaus spielt die spezifische Beteiligung von Migrantinnen und Migranten in über der Hälfte der Gebiete eine Rolle.

Verfügungsfonds bestehen als besonderes Instrument zur Aktivierung und Beteiligung in etwas mehr als 50 Prozent der

weiterhin die Ansprache und Beteiligung nur schwer erreichbarer Bevölkerungsgruppen (Aussiedlerinnen und Aussiedler, Arbeitslose, Angehörige fremder Ethnien, Alleinerziehende) sowie von Geschäftsleuten.

Erfolge und Schwachstellen

Insgesamt wird die Umsetzung des Programms Soziale Stadt von den Befragten als sehr erfolgreich eingeschätzt. Positive Veränderungen lassen sich vor allem in den Bereichen Wohnumfeld, sozialkulturelle Infrastruktur, Wohn(ungs)qualität und Quartierszentren feststellen. Im nicht-materiellen Bereich hat sich vielerorts das Zusammenleben im Gebiet verbessert. Auch beim Ausbau von Beteiligungsmöglichkeiten und der Stärkung der Eigeninitiative von Bewohner werden Erfolge gesehen. Bei der Kooperation von Verwaltungs- und Quartierebene wurden ebenso Verbesserungen erzielt wie beim Aufbau von Netzwerken im Quartier, verbunden mit Aktivierung und Beteiligung.

Als eher problematisch werden Entwicklungen im Bereich der »Lokalen Ökonomie« eingeschätzt, die vielfach hinter den Erwartungen zurückbleiben.

Literatur

Becker, Heidede, Stephanie Bock, Christa Böhme und Thomas Franke (2006a): Dritte bundesweite Befragung Programmgebiete »Soziale Stadt«, Endbericht zur Auswertung. Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Berlin. (<http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen>).

Becker, Heidede, Stephanie Bock, Christa Böhme und Thomas Franke (2006b): Dritte bundesweite Befragung in den Programmgebieten der »Sozialen Stadt«. Zentrale Ergebnisse und Empfehlungen. Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Berlin (Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, Bd. 12). (<http://www.sozialestadt.de/veroeffentlichungen>).